

Eine Rede zum Weltwassertag,

Hallo Wasserfreund_innen!

Alle sprechen vom Wasser, heute beim Weltwassertag, letzte Woche in Marseille beim 6.WWF, dem Forum der globalen Wasserkonzerne (vorneweg Suez und Veolia) und beim Alternativen Weltwasserforum (FAME).

Aber Vorsicht, nicht alle meinen das gleiche!

Das alternative Forum stand unter dem Leitspruch der italienischen Wasserbewegung „Wir schreiben Wasser und lesen Demokratie“. Das WWF könnten wir unter folgenden Titel stellen: „Wir sagen Wasser und meinen Profit.“

Ich komme gerade aus Marseille und wir könnten das WWF als "business as usual" abtun, hätten die Wasserkonzerne nicht in trauter Eintracht mit der Weltbank, der OECD, der EU und einigen UN-Organisationen das Wasser als Zugpferd der Green Economy (Grüne Ökonomie) mit Blick auf Rio+20 entdeckt. Das klingt auf den ersten Blick gut, heißt aber im Klartext, dass der Profit aus Geschäften mit dem Wasser das neue grüngetünchte Wachstum anstoßen soll.

Auf dem Forum der Konzerne wurde mit allen Wundern der Technik demonstriert, mit welchen großen Problemen wir bei der Verwirklichung des Menschenrechts auf Wasser zu kämpfen haben. Und in dem Raum der 120 Lösungsvorschläge liefen einem die Augen über, vorausgesetzt man hat das nötige Geld für ihre Großtechnik.

Die Teilnehmer_innen des Alternativen Forums, FAME, hatten diese Probleme längst erkannt und ihre Ursachen verstanden. Sie arbeiteten in 130 Workshops mit über 5000 Teilnehmer_innen an lokal angepassten, ökologisch und ökonomisch sinnvollen Möglichkeiten einer am Gemeinwohl orientierten Wasserwirtschaft. Die Bandbreite der Erfahrungen und Ideen gingen von technischen Verbesserungen, wie z.B. den Trockenklos auf dem Forum selbst, über alternative Finanzierungsmodelle bis hin zu sozialen und politischen Dimensionen des Wassers. So z.B. das Resümee eines Workshops, das auf der Abschlussveranstaltung in ähnlicher Form immer wieder angesprochen wurde: „Um unsere Gemeingüter zu erhalten und zurückzuerobern, müssen wir einen Sprung aus der neoliberalen Logik des Kapitalismus wagen, der alles in Waren verwandelt. Wir müssen hin zu einer neuen Logik des Gemeinwohls.“

Am 12. März bei der Eröffnung des 6.WWF präsentierte sich Veolia als weltoffen und um das Wohl der Weltbevölkerung bemüht. Doch just am selben Tag reichten Veolia und RWE hier in Berlin eine Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen das Volksgesetz „Unser Wasser“ ein. Noch klarer konnten sie ihre freundliche Fassade nicht fallen lassen!

Wir erinnern uns: am 13. Februar 2011 gewannen wir den ersten Volksentscheid in Berlin. Das von 666000 Berliner_innen verabschiedete Gesetz wurde am 13. März 2011 vom Parlamentspräsidenten Momper offiziell verkündet und damit ratifiziert. Besonders weh tat den Konzernen anscheinend der Artikel 4, der besagt, dass alle Teile des Vertrages, die binnen eines Jahres nicht veröffentlicht wurden, mit Jahresfrist ungültig werden. Der 12. März war also genau ein Tag vor Inkrafttreten dieser Bestimmung. Eine volle Bestätigung der Vermutungen des Berliner Wassertischs, dass bisher nicht alles veröffentlicht wurde. Da muss es wohl doch noch Absprachen geben, die den Nerv der Konzerne treffen, ihre Profitrate also.

Zwei Konzerne klagen gegen 666 000 Bürger_innen! Das ist ein Schlag ins Gesicht der Demokratie! Noch anschaulicher kann man wohl nicht demonstrieren, dass Privatkonzerne

sich einen Dreck scheren um die Meinung von Hundertausenden von Berliner_innen, eine höhere Anzahl von Wähler_innen als irgendeine Fraktion im Abgeordnetenhaus auf sich vereinigen konnte.

Aber jetzt ist auch die Politik gefragt.

Wir fordern den regierenden Bürgermeistern, Herrn Wowereit und alle Abgeordneten im Abgeordnetenhaus auf, sich nun endlich auf die Seite der Berliner Bevölkerung zu stellen und frontal gegen die Konzerne Stellung zu beziehen! Immerhin klagen Veolia und RWE gegen diesen Senat und das Parlament, das dieses Gesetz ratifiziert hat.

Wir fordern den Senat auf, endlich aus der Beutegemeinschaft mit den Privatkonzernen auszusteigen! Das heißt:

1. Der Aufforderung des Kartellamts nachzukommen und die Wasserpreise um mindestens 19% zu senken anstatt die zweifelhafte Begründung von Veolia und RWE, die sie gegen das Kartellamt anführen, mit zu tragen.
2. Offenlegung der bisherigen Verkaufsverhandlungen mit RWE und Stopp der Verhandlungen auf Basis des skandalösen Vertrages.
3. Beauftragung einer tatsächlich unabhängigen Anwaltskanzlei, um die Interessen der 666000 Berliner_innen zu vertreten, anstatt für teures Geld wie bisher eine Kanzlei wie Freshfield, Bruckhaus , Deringer mit der Klage zu beauftragen, eine Kanzlei, die auch RWE und Veolia vertritt und an unzähligen PPP-Verträgen zum Schaden der Bevölkerung mit beteiligt war.
4. Wir fordern den Regierenden Bürgermeister, Herrn Wowereit, auf zu einer Regierungserklärung, in der er klar die Interesse der Berliner Bevölkerung vertritt und sich für den Erhalt einer am Gemeinwohl orientierten Infrastruktur in Berlin ausspricht. Damit könnte er endlich den Vorwurf der Komplizenschaft des Senats mit den allein am Profit interessierten Privatunternehmen aus der Welt schaffen.

Aber eins möchte ich zum Ende noch hervorheben:

Mit dieser Klage beim Bundesverfassungsgericht haben die Konzerne das Berliner Problem auf die Bundesebene gebracht.

Damit wird auch unser Widerstand sich bundesweit ausbreiten und ein Präzedenzfall gegen die aktuelle Form der Privatisierung, der Öffentlich Privaten Partnerschaft (PPP), verhandelt werden.

Damit werden wir viel mehr werden und viel lauter, denn der Widerstand gegen den Ausverkauf des öffentlichen Eigentums ist ständig am Wachsen. Wir sind deshalb guter Hoffnung, dass sich die Klage in einen Bumerang gegen RWE und Veolia verwandeln wird.

Dorothea Härlin, Berliner Wassertisch

Berlin, 22.3.2012, gehalten einmal am Neptunbrunnen und ein zweites Mal auf der Admiralbrücke bei der Demonstration von Viva con Agua.